

# Beschluss: Landesdelegiertenkonferenz Stralsund, 10. + 11. Oktober 2015



## Menschlichkeit verteidigen – Rassismus ächten

Die stark angestiegenen Flüchtlingszahlen machen nicht wenigen Menschen Sorgen. Die Schwierigkeiten der Behörden bei der Unterbringung der Geflüchteten sind kaum zu übersehen. Immer neue Notunterkünfte im Bereich der Erstaufnahme werden eröffnet und immer noch geeignete Räume für die Unterbringung in den Kommunen gesucht. Freiwillige Helfer\_innen versuchen die Engpässe zu überbrücken, sammeln und verteilen Kleidung und Dinge des täglichen Bedarfs, betreuen und unterstützen durchreisende Flüchtlinge, helfen bei den ersten Schritten und organisieren Begegnungen. Eine Welle der Hilfsbereitschaft bewegt das Land.

Doch zugleich wächst die Unruhe. Beinahe täglich versuchen rassistische Initiativen irgendwo im Land Stimmung zu machen, gegen die Unterkunft in der Nachbarschaft, gegen angeblich drohende Islamisierung, gegen die vermeintlich allzu offene Asylpolitik der Bundesregierung. Sie bauen auf Ressentiments, schüren mit Falschmeldungen Ängste, verbreiten eine aggressive Stimmung. Dabei scheuen sie nicht davor zurück, sich mit Neonazis zu verbünden, nutzen ihre Strukturen und geben ihnen Raum und Stimme. Die Wirkung bleibt nicht aus. Übergriffe aus rassistischen Motiven nehmen deutlich zu.

In dieser Situation beziehen BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN klar Position.

Menschen haben das Recht, vor Verfolgung, Krieg und Unterdrückung zu fliehen und in anderen Ländern Schutz zu suchen. Wörter wie „Pull-Faktoren“ und „Fehlanreize“ verkennen die reale Situation. Wenn rechtsstaatliche Verhältnisse, Demokratie und freundliche Aufnahme Pull-Faktoren sind, dann wollen wir auf diese Werte gewiss nicht verzichten! Ansonsten gilt: Die Fluchtursachen liegen in den Herkunftsregionen und nicht in der Aussicht auf ein Taschengeld in Deutschland.

Wir wehren uns gegen den Versuch, unabhängig von individueller Prüfung Flüchtlinge in solche mit und ohne „Bleibeperspektive“ einzuteilen und letzteren wichtige Rechte vorzuenthalten. Das Asylrecht muss ein individuelles Recht bleiben, das die Prüfung jedes Antrags ohne Benachteiligung aufgrund des Herkunftslandes erfordert. Menschlichkeit und Menschenrechte dürfen nicht relativiert werden!

Wir sind dankbar für das ungeheure Engagement, mit dem unzählige Menschen im Land sich für Flüchtlinge einsetzen. Notunterkünfte, in denen Betreuung und große Anteile der Versorgung von Ehrenamtlichen übernommen werden, können aber keine Dauerlösung sein. Die Pflichtaufgaben bei der Unterbringung und Versorgung müssen nach und nach wieder von den zuständigen Behörden erbracht werden. Ehrenamtliche Hilfe wird dennoch weiter gebraucht und muss durch geeignete hauptamtliche Strukturen unterstützt werden. Wir fordern die Landesregierung auf, hierfür mehr Mittel zur Verfügung zu stellen und eine langfristige und tragfähige Integrationsstrategie zu entwickeln.

Wir erkennen an, dass sich viele Menschen Gedanken machen, wie die zukünftige Integration der Geflüchteten gelingen kann und welche Voraussetzungen dafür zu schaffen sind. Wir stehen aber energisch gegen jeden Versuch, die gegenwärtige Situation für die Verbreitung rassistischer Auffassungen zu instrumentalisieren. Initiativen wie der sogenannte „Dachverband Deutschland wehrt sich“, mvGida, mvPatrioten und andere zeigen mit ihren Demonstrationen und ihren Aktivitäten in den sozialen Netzen, dass ihnen jeglicher Respekt vor der Not der Geflüchteten fehlt und es ihnen einzig und allein um das Schüren fremdenfeindlicher und chauvinistischer Emotionen geht. Ihre offene Zusammenarbeit mit NPD und rechtsextremen Kameradschaften sowie der AfD macht sie zu Vorfeldorganisationen des Neonazismus.

Wir fordern Politik und Zivilgesellschaft in Mecklenburg-Vorpommern auf, sich ohne Wenn und Aber für Menschlichkeit einzusetzen und sich rassistischen Aktivitäten energisch entgegenzustellen.

Wir fordern die Landesregierung und alle demokratischen Parteien auf, sich vernehmbar zu positionieren und zivilgesellschaftliches Engagement gegen rassistische Umtriebe zu unterstützen.

Forderungen nach Asylrechtsverschärfungen auch aus etablierte demokratische Parteien heizen die rassistische Stimmung gegen Geflüchtete nur weiter an und sind der falsche Weg.

Straftaten im Umfeld rassistischer Organisationen, rassistische Übergriffe und Gewalttaten müssen schnell und effektiv aufgeklärt und gerichtlich verfolgt werden.

Behörden, Verbände und Vereine müssen bei der interkulturellen Bildung ihrer Mitarbeiter und bei integrierenden Aktivitäten unterstützt werden.

Öffentliche Ächtung des Rassismus, eine klare humanitäre Haltung und die Förderung einer Kultur des Respekts und des interkulturellen Dialogs sind Bedingungen eines gelingenden Zusammenlebens in einem weltoffenen und demokratischen Mecklenburg-Vorpommern!